Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die neungespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 184 — Mittwoch, den 8. August 1928 — 23. Jahrgang

Rußland wird abgelehnt

aber der Kriegsächtnngsvertrag ohne Rußland unwirksam

Die Erklärungen Tschitscherins über den Kelloggpakt werden in den Pariser Blättern ausführlich wiedergegeben, aber soweit sie dazu Stellung nehmen, durchweg abgelehnt. „Echo de Paris" spricht von einem propagandistischen Ziele der Sowjets und der Unmöglichkeit, Tschitscherins Verlangen nach Beteiligung ernst zu nehmen.

Das Dilemma bleibe, daß ein Kriegsächtungspakt mit den Sowjets unmöglich, ohne sie aber unwirksam sei.

„Figaro" spricht von einem Manöver, durch das die Sowjets glauben machen wollten, daß sie bedroht seien. In Wirklichkeit aber sei Moskau der drohende und fordernde Teil. Wenn die Sowjets eine Einladung zur Unterzeichnung des Paktes forderten, so geschieht das, um ihn zerstören zu können. — Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" spricht von „berechneten Manövern wildgewordener Machiavellisten".

In einer längeren Darstellung der Rechtslage schreibt „New York Herald", die Schwierigkeit der Zulassung Rußlands im gegenwärtigen Stadium liege darin, daß die Vereinigten Staaten, auf die die Anregung zum Antikriegspakt in erster Linie zurückgeht, die Sowjetregierung nicht als legitime Regierung anerkennen, sodaß eine Einladung nach Moskau nicht von Washington ausgehen könne. Dagegen könnte eine der anderen Mächte einen Schritt zugunsten Rußlands unternehmen. Augenblicklich wird eine Anregung der französischen Regierung über die Zulassung Spaniens vom Staatsdepartement geprüft und wenn diese Prüfung günstig ausfallen sollte, so sei es denkbar, daß eine andere Macht den Fall Rußlands aufgreife.

„Temps" erklärt, Rußlands Wunsch auf Beteiligung am Kelloggpakt entspreche dem Bestreben der Sowjetunion, den Sinn und die Tragweite des Vertrages zu fälschen. Das bolschewistische Manöver gehe einerseits darauf aus, die Verständigung unter den Mächten wieder in Frage zu stellen, und andererseits für die Sowjetregierung den Schein zu wahren, wenn sie den Pakt auch später nicht unterzeichne. Denn da der Vertrag einen allgemeinen Charakter habe und allen Mächten zum Beitritt offen stehe, würde nichts die Sowjetunion hindern, ihm ebenso wie alle anderen Mächte nach der Unterzeichnung durch die von den Vereinigten Staaten zunächst aufgeforderten Mächte beizutreten; aber dann müßte ihn die Sowjetunion ohne Vorbehalte und ohne Einschränkungen hinnehmen, und das eben wollte sie nicht.

„Journal des Débats" bezeichnet die Rede Tschitscherins als Dokument der Lüge und der Perfidie, das nur auf naive Gemüter wirken könne. In dem gleichen Augenblick, in dem sich Tschitscherin als Friedensfürst hinstelle, habe der 6. Kongreß der Dritten Internationale in Moskau getagt und offen den bolschewistischen Krieg vorbereitet. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjetregierung eine Beteiligung an dem Pakt als eine neue Gelegenheit zu Manövern ansehen könnte, sei glücklicherweise sehr gering. Man habe die Sowjetregierung wohlweislich schon von den bisherigen Verhandlungen über den Pakt ferngehalten.

Frankreichs Mißtrauen ungerechtfertigt.

Zu Herriots Besuch in Deutschland.

Unterrichtsminister Herriot äußerte sich einem Mitarbeiter des „Petit Journal" gegenüber befriedigt über seine Reise nach Deutschland. Er bezeugte dem Oberbürgermeister Adenauer uneingeschränktes Lob. In Köln sei der Wunsch nach einer Entwickelung der intellektuellen Beziehungen zum Ausdruck gekommen. Einige linksgerichtete Blätter äußern sich über die Reise Herriots nach Köln recht zustimmend. „Ere Nouvelle" schreibt, der herzliche Empfang Herriots in Deutschland zeige, daß dort ein günstiger Geisteszustand für die notwendige Verständigung vorhanden sei. „Bolonte" betont, der Empfang Herriots durch die staatlichen und städtischen Vertreter sowie durch die Menge sei herzlich gewesen. Die in Köln ansässigen Franzosen bestätigten die republikanische und aufrichtige Entwickelung der öffentlichen Meinung im Rheinland. Frankreichs Mißtrauen sei nicht mehr gerechtfertigt. Die Demonstration anläßlich des Besuchs Herriots sei zu begeistert gewesen, um Zweifel an ihrer Ehrlichkeit aufkommen zu lassen. Sie sei ein Beweis für die friedlichen Bestrebungen Deutschlands gewesen. Das möge man in Frankreich begreifen und danach handeln.

Für die Rheinlandräumung.

Die Arbeiterverbände Brüssels gaben gestern den Teilnehmern an dem internationalen Sozialistenkongreß ein Bankett. Bei dieser Gelegenheit hielten de Brouckères-Belgien, Breitscheid-Deutschland und Léon Blum-Frankreich Ansprachen, in denen sie für die Räumung des Rheinlandes als ein Mittel, das zur Festigung des Friedens beitrage, eintraten.

Kabinettssitzung am Freitag.

Das Arbeitsprogramm.

Reichskanzler-Müller-Franken, der sich zur Erholung in Badenweiler aufhält, wird, wie die „Voss. Ztg." berichtet, am Donnerstag wieder in Berlin sein; mit ihm kehren die meisten Mitglieder des Reichskabinetts von ihrer Ferienreise zurück, um an der Feier des Verfassungstages teilzunehmen.

Am Freitag wird, so meldet das Blatt weiter, eine Kabinettssitzung stattfinden, in der vorwiegend Fragen der inneren Politik behandelt werden sollen — Gesetzesvorlagen, die in der Regierungserklärung angekündigt wurden, jetzt in den einzelnen Ministerien ausgearbeitet und im Kabinett reif für die Vorlage ans Parlament gemacht werden sollen. U. a. wird voraussichtlich auch über den Bau des Panzerkreuzers A entschieden werden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird in den nächsten Tagen seinen Aufenthalt in Karlsbad abbrechen und sich zunächst erneut in einen deutschen Kurort begeben. Er hat die Absicht, mit dem 20. August wieder nach Berlin zurückzukehren.

Für den 25. August ist eine Kabinettsberatung in Aussicht genommen, die ausschließlich der Vorbereitung der Septembertagung des Völkerbundes gewidmet ist. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch die Antwort auf die offizielle Einladung Stresemanns nach Paris zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes erfolgt sein.

Vor der Völkerbundstagung.

Die am 31. August beginnende 51. Ratstagung wird von dem finnischen Ratsmitglied, voraussichtlich dem Außenminister Procope, eröffnet werden, der in seiner Eigenschaft als neuer Ratspräsident auch die 9. Völkerbundsversammlung am 3. September mit einer Eröffnungsansprache einleiten wird. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen 28 Punkte, darunter als wichtigste politische Frage ein neuer Bericht des holländischen Außenministers Beelaerts van Blokland über den Stand der Verhandlungen zwischen Litauen und Polen.

Von Interesse sind ferner verschiedene Minderheitsbeschwerden, darunter solche des Deutschen Volksbundes über die Sicherheitsverhältnisse in Polnisch-Oberschlesien und über Einschulungsfragen, die wegen verspäteter Einrichtung vom Völkerbundsrat in seiner letzten Tagung nicht mehr geregelt werden konnten, ferner die ebenfalls noch unerledigte Beschwerde der litauischen Regierung über die Behandlung litauischer Minderheiten im Wilnagebiet.

Weitere Punkte betreffen die Schaffung des von der Genfer Opiumkonvention vorgesehenen Zentralkontrollamtes, die Genehmigung der Satzungen des römischen Instituts für Privatrecht, des Weltlehrinstituts in Rom und der von dem Internationalen Luftfahrtausschuß vorgeschlagenen Verkehrsordnung und Signalisierung im Luftfahrtwesen sowie verschiedene wirtschaftliche Arbeiten aus den letzten Monaten.

Der Bericht des unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff arbeitenden Sonderausschusses, der am 27. August zu einer neuen Tagung zusammentritt und dem Rat Vorschläge über die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz für die Kontrolle der Rüstungsindustrien machen soll, bildet den einzigen Punkt der Tagesordnung, der sich auf das Abrüstungsproblem bezieht. Die Behandlung dieses Problems bleibt zunächst der Völkerbundsversammlung vorbehalten. Der Völkerbundsrat, der nach den Ergänzungswahlen für die diesmal turnusmäßig ausscheidenden drei nichtständigen Ratsmitglieder China, Columbien und Holland bereits Mitte September zu seiner 52. Tagung zusammentritt, wird erst in der zweiten Septemberhälfte auf Grund der Stellungnahme der Völkerbundsversammlung sich mit dem Abrüstungsproblem befassen. Vermutlich wird auch die Entscheidung über den polnisch-litauischen Konflikt erst in dieser unter dem Vorsitz Chamberlains stattfindenden Tagung fallen.

Keine militärischen Vorbereitungen an der polnisch-litauischen Grenze. Wegen der andauernden Gerüchte über militärische Vorbereitungen an der polnisch-litauischen Grenze haben zwei Korrespondenten der „Chicago Tribune" die Lage an Ort und Stelle sorgfältig untersucht, und zwar der eine von der polnischen und der andere von der litauischen Seite her. Beide Korrespondenten berichten, daß weder auf der einen noch auf der anderen Grenzstelle irgendwelche Truppenzusammenziehungen oder sonstige militärische Vorbereitungen wahrnehmbar seien.

Generaldirektor Dr. Dorpmüller in Bayern.

Generaldirektor Dr. Dorpmüller stattete in Begleitung des Reichsbahndirektionspräsidenten List-Augsburg und des Staatssekretärs von Frank-München den im städtischen Hauptkrankenhaus in Augsburg untergebrachten Verletzten des Dinkelscherbener Eisenbahnunglücks einen Besuch ab.

Dr. Dorpmüller gab dann abends in München Vertretern der Presse Gelegenheit zu einer persönlichen Aussprache über die Frage der Sicherheit der Reichsbahn. Dr. Dorpmüller erklärte, daß die Deutsche Reichsbahn sich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Betriebe keinerlei finanzielle Beschränkungen auferlegen lasse und eher einen Fehlbetrag in Kauf nehme als hierin irgendetwas zu unterlassen. Von einem Systemfehler bei der Reichsbahn zu sprechen, sei nicht möglich, wenn man berücksichtige, daß in 20 Monaten vor der Periode von Unfällen der letzten Zeit keine größeren Unfälle zu beklagen gewesen seien. Auch könne man nicht Bayern und Preußen aus dem Anlaß der letzten Unfälle in Gegensatz stellen. Falsch wäre es auch, wenn zwischen Reparationszahlungen und Betriebssicherheit irgendein Zusammenhang konstruiert werden sollte.

Die neue Flugzeugschutzfarbe.

Bei den gestern abend begonnenen Londoner Luftmanövern unternahmen etwa 100 Flugzeuge einen Angriff auf London. Da die neue Farbe der britischen Heeresflugzeuge ein grünliches Braun ist, war es den starken Scheinwerfern kaum möglich die Flugzeuge am Nachthimmel aufzufinden.

Die deutschen Leistungen bei den holländischen Armeegepäckmärschen.

Im letzten Heeresverordnungsblatt spricht der Chef der Heeresleitung, Heye, allen Teilnehmern an den holländischen Viertage-Armeegepäckmärschen seine Anerkennung und Glückwünsche aus. Er betont, daß sie es verstanden haben, vorbildlich die deutsche Reichswehr im Auslande zu vertreten. Sie dürfen stolz auf die Sportauszeichnung sein, die ihnen die holländische Regierung überreicht habe.

Die erste afghanische Vollspurbahn.

In Kabul befindet sich augenblicklich eine Kommission europäischer Ingenieure, die mit dem Ausbau des afghanischen Verkehrsnetzes beauftragt ist. Außer zahlreichen, allen Anforderungen des modernen Verkehrs entsprechenden Straßen soll auch die erste Vollspurbahn des Landes begonnen werden. Bisher besitzt Afghanistan nämlich nur eine einzige acht Kilometer lange Schmalspurbahn zwischen Alt- und Neukabul. Die geplante Vollspurbahn wird von Kabul aus über den Kaiberpaß nach Peschawar führen und Afghanistan mit dem indischen Bahnnetz verbinden. Das Bahnprojekt steht zweifellos in engem Zusammenhang mit dem kürzlichen Besuch König Amanullahs in Europa.

Der internationale Sozialistenkongreß in Brüssel.

Der internationale Sozialistenkongreß beschäftigte sich in seiner gestrigen Vormittagssitzung unter dem Vorsitz von Faure-Frankreich und Crispien-Deutschland mit der Frage der wirtschaftlichen Lage nach dem Kriege und der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse. Hilquitt-Amerika erklärte, die Arbeiterinternationale sollte das Ziel verfolgen, der kapitalistischen Internationale die Arbeiterinternationale entgegenzusetzen. Naphtali-Deutschland trat für eine Kontrolle aller Unternehmungen mit Monopolcharakter ein. Cramp-England erklärte, man sollte den Verkauf von Waren unterbinden, die bei niedrigeren Löhnen als den normalen erzeugt würden.

Kleine politische Nachrichten.

Kommunistische Kundgebungen in Frankreich.

Gegen acht der bei Kundgebungen verhaftete Kommunisten, darunter den stellvertretenden Bürgermeister von Ivry, sind auf Antrag des französischen Justizministers Strafverfahren wegen Beamtenbeleidigung, Aufruhrs und Waffentragens eingeleitet worden. Zehn Ausländer werden wegen aktiver Beteiligung an der antimilitaristischen Propaganda ausgewiesen werden.

Internationale Konferenz für Wirtschaftsstatistik.

Die Sowjetunion hat mit einer von Tschitscherin unterzeichneten Note die Einladung des Generalsekretärs des Völkerbundes zur Teilnahme an der Internationalen Konferenz für Wirtschaftsstatistik angenommen, die nach dem neuesten Arbeitsplan auf den 26. November angesetzt ist.

Das Schlachtschiff der Luft.

Ein richtiges Luftlinienschiff ist das neue französische Flugzeug Blériot 127, das jetzt von der Militärverwaltung nach voraufgegangenen Erprobungen im Serienbau hergestellt wird. Die mehrmotorige Maschine enthält zum ersten Male in der Geschichte des Flugzeugbaues in der äußersten Spitze einen regelrechten Panzerturm mit zwei Geschützen. Der Turm ist so eingebaut, daß er ohne übergroße Anstrengung von einem Mann sogar bei einer Fluggeschwindigkeit von mehr als 200 Stundenkilometern gedreht werden kann. Dies Problem war bisher noch nicht befriedigend gelöst, da bei der großen Geschwindigkeit die Ueberwindung des Luftdrucks nicht gelang. Zwei weitere nicht geschützte Maschinenkanonen können nach hinten feuern und etwaige Verfolger abwehren. Der neue Typ wird als das kampfkräftigste Flugzeug der französischen Luftflotte bezeichnet, dürfte auch in anderen Ländern wenigstens augenblicklich noch keinen ebenbürtigen Gegner finden. — Man sieht, die Abrüstung geht mit Riesenschritten vorwärts.

„Panzerkreuzer Potemkin" in Württemberg endgültig zugelassen. Die Film-Oberprüfstelle hat den erneuten Antrag der Württembergischen Regierung auf Widerruf der Zulassung des Bildstreifens „Panzerkreuzer Potemkin" in ihrer gestrigen Sitzung ohne Beweisaufnahme als unbegründet zurückgewiesen.

SLUB
Wir führen Wissen.